

AMT DER
VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

8/SN-199/ME

A. Klover

An das
Bundesministerium für
Gesundheit und Umweltschutz

Stubenring 1
1010 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	88 - GE/95
Datum:	10. OKT. 1985
Verteilt	11. OKT. 1985 Kreuz

PrsG-4152

Bregenz, am 1. Okt. 1985

Betrifft: Bundesgesetz, mit dem das Ärztegesetz 1984, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz und das Freiberufliche Sozialversicherungsgesetz geändert werden;
Entwurf; Stellungnahme
Bezug: Schreiben vom 16. August 1985, Zl. IV-51.101/16-2/85

Zum übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Ärztegesetz 1984, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz und das Freiberufliche Sozialversicherungsgesetz geändert werden, wird Stellung genommen wie folgt:

Zu Art. I Z. 2:

Es sollte ausdrücklich klargestellt werden, daß der Rechtsträger einer Krankenanstalt bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen einen Rechtsanspruch auf Anerkennung der Anstalt als Ausbildungsstätte und auf Festsetzung der größtmöglichen Zahl der Ausbildungsstellen (§ 6 Abs. 9) hat.

Im § 6 Abs. 5 Z. 3 des Entwurfes ist vorgesehen, daß in den Krankenabteilungen neben dem Abteilungsleiter pro Ausbildungsstelle mindestens ein zur selbständigen Berufsausübung berechtigter Facharzt des betreffenden Sonderfaches beschäftigt sein muß. Diese Forderung erscheint im Hinblick auf die Verpflichtung des Abteilungsleiters

- 2 -

nach Abs. 10 sowie die finanziellen Auswirkungen für die Krankenanstaltenträger zu weitgehend. Es wäre sinnvoller, statt dessen sicherzustellen, daß während der Dienstzeit am Tage immer ein zur selbständigen Berufsausübung berechtigter Facharzt des betreffenden Sonderfaches in der Krankenabteilung anwesend ist.

Zu Art. I Z. 4:

Die vorgesehene Einschaltung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz wird als zentralistisch und bürokratisch abgelehnt. Durch diese wird die Stellung des Landeshauptmannes in der mittelbaren Bundesverwaltung abgewertet und eine bis dahin mit der Angelegenheit nicht befaßte Stelle, das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz, dazu berufen - mit entsprechendem Arbeitsaufwand - zu prüfen, ob der Verwaltungsgerichtshof angerufen werden soll. Es wird die Auffassung vertreten, daß einem allenfalls bestehenden Bedürfnis, bei einer positiven Berufungsentscheidung des Landeshauptmannes den Rechtszug an den Verwaltungsgerichtshof zu ermöglichen, durch ein Berufungsrecht der Ärztekammer zu entsprechen wäre.

Zu Art. I Z. 16:

Im § 22 Abs. 5 des Entwurfes sollte die Z. 3 lauten: "3. Blutentnahme aus einer Vene,".

Zu Art. I Z. 20:

Zum § 32 Abs. 5 wird auf obige Äußerung zu Art. I Z. 4 verwiesen.

Zu Art. I Z. 27:

Die Möglichkeit der Einrichtung einer Ausbildungskommission wird begrüßt. In Vorarlberg gibt es bereits seit Jahren einen sogenannten Koordinationsausschuß für Fragen der ärztlichen Ausbildung. Nach den Erfahrungen mit diesem Ausschuß sollte aber jedenfalls die Entsendung eines rechtskundigen Beamten aus dem Bereich der Gesundheitsverwaltung ermöglicht werden.

- 3 -

Zu Art. I Z. 40:

Die im § 86 Abs. 7 vorgesehene Gewichtung der Stimmen der einzelnen Länderkammern entspricht nicht dem bundesstaatlichen Aufbau unseres Staatswesens. Zur Berücksichtigung länderspezifischer Unterschiede sollte jeder Ärztekammer das gleiche Stimmrecht zukommen.

Für die Vorarlberger Landesregierung:

gez. Dr. Guntram Lins, Landesrat

- a) Allen
Vorarlberger National- und Bundesräten
- b) An das
Präsidium des Nationalrates
1017 W i e n
(22-fach)
im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanzleramtes vom 24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67
- c) An das
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst
1010 W i e n
- d) An alle
Ämter der Landesregierungen
z.Hd.d. Herrn Landesamtsdirektors
- e) An die
Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ. Landesregierung
1014 W i e n
- f) An das
Institut für Föderalismusforschung
6020 I n n s b r u c k
- zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung:
Der Landesamtsdirektor:
gez. Dr. A d a m e r

F.d.R.d.A.